

Reformprozess „Die Zukunft des KSK“

Umsetzungsvorschläge für das KSK-Plenum

Aus den Debatten im Rahmen und am Rande der KSK der letzten Jahre lassen sich drei, für einen Reformprozess zentrale Baustellen herausarbeiten:

1. Die Steigerung der **Konstanz** zur Verstetigung der hochschulpolitischen Bemühungen (Satzungsänderungen)
2. Die Erarbeitung eines **inhaltlichen Profils** für Wirkung nach Außen (Grundsatzpapiere)
3. Die **Erweiterung der eigenen Basis** durch stärkere Vernetzung, Sichtbarkeit und Anhebung der TeilnehmerInnenzahlen (Agenda)

Berlin als Veranstaltungsort des 85. KSK sollte über die Kongresse in Wien und Zürich, sowie der vorangegangenen Diskussionen der letzten Jahre Vorschläge, Ideen, Möglichkeiten für den „Reform-Kongress“ sammeln, bündeln und ausarbeiten.

1. Grundsatzpapiere zur Positionierung des KSKs

Dieser Punkt betrifft maßgeblich die längst, z. B. auf dem KSK in Hamburg geforderte, durch die Gründung des KSK-Archivs (AV) zusätzlich begünstigte und hiermit durch die Umsetzungsvorschläge zu **Zielen, Leitlinien bzw. Grundsätzen** in Form von Grundsatzpapieren (GP) konkret angebahnte inhaltliche Profilschärfung des KSKs nach Innen und Außen. So werden diese GP eine gesicherte Basis für die konkrete (Zusammen-)Arbeit der Organe des KSKs liefern. Die GP sollen zwar auf jedem zukünftigen KSK-Plenum diskutiert, ergänzt und korrigiert werden können, jedoch wäre eine für längere Zeit mehr oder weniger fixe Form anzustreben.

1.1 Fachtagung vs. Studierendenversammlung

Grundlage:

Seit seinen Anfängen fungierte der KSK als **Versammlung aller Studierenden kunstwissenschaftlicher Fächer aus dem deutschsprachigen Raum**. Es handelt sich also um eine Basisbewegung zur Stärkung der Mitspracherechte von

Studierenden. Schließlich bürgerte es sich ein, dass man diese Versammlung mit einem **tagungsähnlichen Vortragsprogramm** verband.

Allein die beiden Tatsachen, dass es in keinem anderen Fach eine so lange Tradition von **jedes Semester** stattfindenden Tagungen/Versammlungen gibt, sowie, dass sich diese nicht nur an Studierende von Hochschulen in Deutschland, sondern zudem in Österreich und der Schweiz, d. h. den **deutschsprachigen Raum**, richten, kann jede/n BesucherIn und OrganisatorIn durchaus stolz machen. Anders als in benachbarten Fächern, wie etwa Geschichte, ist der KSK nicht fest an die konstituierenden Fachschaften und Studierendenvertretungen geknüpft (vgl. Bundesfachschaftentagung - BuFaTa), worin sicherlich ein wichtiger Teil der anhaltenden **Vitalität**, aber auch anhaltender **Krisen** des KSKs begründet ist. Aus der größeren Offenheit des KSKs folgen wenigstens drei ganz grundsätzliche Tatsachen:

1. Der KSK hat das **Potential** weite Kreise der Studierendenschaft anzusprechen und mit aktuellen, fachspezifischen und hochschulpolitischen Fragestellungen in Berührung zu bringen.
2. Der KSK hat das **Problem**, dass die Wichtigkeit der beratenden und beschlussfassenden Vollversammlung leicht in Vergessenheit gerät.
3. Das Profil der einzelnen KSKs und die Verstetigung der Strukturen kann durch seine Abkopplung von den stabilen Strukturen gewählter Fachschaftsvertretungen (FSV) leicht in ein unzusammenhängendes Nacheinander von Fachtagungen kleiner Grüppchen, Seminaren und DoktorandInnen zerfallen. Daraus ergeben sich bisher Schwierigkeiten für **langfristige und notwendige Strukturreformen**.

Der KSK sollte nicht ausschließlich zum Übungsfeld für die Organisation von Fachtagungen benutzt werden, sondern vielmehr einen stetigen Freiraum für neue experimentelle Veranstaltungsformen und für die Kommunikation zwischen den TeilnehmerInnen unterschiedlicher Fachgebiete, Unis und Länder bieten. Stets sollte versucht werden, die TeilnehmerInnen in Workshops, Streitgesprächen, Arbeitskreisen, Diskussionsrunden, dem Plenum, im Open Space, bei Rundgängen, Führungen und Kleinexkursionen etc. in bewusstem **Kontrast zum Studienalltag** zusammenzubringen.

Auch wenn der **Verwertungs- und Professionalisierungsdruck** von oben und außen auf die Organisationsteams immer mehr Fachtagungsniveau zu erreichen, der in Zukunft nicht wesentlich abnehmen wird, wird am **innovativen, partizipativen und basisorientierten Modell** des KSK mit seinem zentralen Plenum (VV) festgehalten, weil darin sein **Alleinstellungsmerkmal** gegenüber fast allen anderen Fachtagungen zu sehen ist. Die Existenzberechtigung des KSK ist zentral an die VV geknüpft, weshalb sie jüngst durch eine Satzungsergänzung auf

dem KSK in Zürich in ihrer Positionierung innerhalb des Kongressablaufs gestärkt wurde (§ 4.5).

Grundsätze für den KSK:

- a) **Verankerung von Mechanismen für ein ausgeglichenes Verhältnis der beiden Hauptbestandteile (thematische Vorträge u. Vollversammlung) herbeizuführen (§ 4.5)**
- b) **Förderung von Verstetigung und Konstanz der Arbeitsweisen und Organisationsstrukturen**
- c) **Bemühen der gleichberechtigten und ausgewogenen Berücksichtigung von Bedürfnissen und Problemen der verschiedenen Studiengänge und Fachsemester (BA, MA, Diplom, Promotion)**
- d) **moderate Angleichung des Tagungsniveaus zur Integration jüngerer Studierender auch als Vortragende**
- e) **verstärkte Förderung von Austausch, Kommunikation und Etablierung anderer Sichtweisen, Chancen, Methoden und Ansätze sowie über andere Diskussions- und Partizipationsmöglichkeiten**
- f) **der KSK ist nicht einfach nur eine themenspezifische Fachtagung**

1.2 Ausbildung vs. Studium – Gegen die Ökonomisierung der Kunstgeschichte

Grundlage:

Sicherlich gibt es einen breiten Konsens über die Kernfähigkeiten einer/s KunsthistorikerIn. So wird wohl niemand bestreiten, dass Bild- und Baubeschreibungen, das Studium von Quellen und Literatur, das Analysieren von Bildern und artifiziellen Objekten aller Art, das Verfassen wissenschaftlicher Texte, der Lichtbildvortrag, das Vermitteln von Kunstwerken in Museen, Ausstellungshäusern und im öffentlichen Raum, das Führen von Gruppen bei Rundgängen sowie Exkursionen zum **Handwerkszeug** unserer Zunft gehören. Dem gegenüber wird sicherlich niemand behaupten, dass Multiple-Choice-Tests oder stures Auswendiglernen im Zentrum kunstwissenschaftlicher Betätigung stehen sollten.

Die **Kunstgeschichte** war stets und sollte auch zukünftig eine Geisteswissenschaft sein, die zum selbständigen Denken und Handeln, zum **Hinterfragen** von Sachverhalten und Theorien, zum Verifizieren und Falsifizieren von Theorien, zur kritischen Reflexion über die Geschichte der Kunst und die Methodik des eigenen Fachs herausfordert. Es geht nicht um die Übernahme vorgefertigter Wissenskomplexe, sondern um die Vermittlung von Fertigkeiten; nicht um bloßes Faktenwissen, sondern um Können.

Es ist an der Zeit für eine Besinnung auf die **Grundkenntnisse** der Kunsthistorikerin/des Kunsthistorikers! Die vergangenen Jahre haben zwar einen Ausbau und eine punktuelle Verdichtung akademischer Strukturen auf teilweise hohem und höchstem Niveau gebracht, nicht jedoch zwangsläufig eine Verbesserung des Grundstudiums (Bologna-Reform: BA/MA). Viele der zusätzlichen Fördermittel werden auf Exzellenzcluster, spezielle Forschungsbereiche, Elitestudiengänge und Forschungszentren mit internationalem Anstrich konzentriert, ohne dass die Studierenden etwas davon haben. Die Gelder zur Bildungsförderung werden meist nicht nach dem Prinzip der **Gleichbehandlung** verteilt, sondern sie fließen gewissermaßen in den Bau von sog. **Leuchttürmen** (Föderalismusreform versus Exzellenzinitiative des Bundes).

Das **Humboldt'sche Bildungsideal** und eine basisorientierte Vielfalt der Angebote wurden sukzessive ersetzt durch Exzellenz- und Eliteförderungssysteme, die international und ökonomisch ausgerichtet und verwertbar sein sollen. Der dadurch entstehende Druck führt oft nicht in erster Linie zu einer Erweiterung des Angebots für alle, sondern zu einem **erhöhten Spezialisierungsdruck** von Universitäten und Instituten. Daraus resultiert eine Streichung von kleineren Fächern oder ganzer Fachbereiche, die für die Kunstgeschichte wichtige Bezugswissenschaften sind. In einzelnen Fällen sind sogar kunsthistorische Institute von der drastischen Kürzung oder der gänzlichen Schließung bedroht.

Diese Entwicklung hat ihre direkten Auswirkungen auf die Studierenden, die ebenfalls zur immer **einseitigeren Schwerpunktbildung** gezwungen werden. Von einem breiten Studium und einer breiten kunsthistorischen Bildung kann daher oftmals bei Abschluss eines Studiums nicht mehr gesprochen werden.

Welche Stellung haben also die Studierenden der Kunstgeschichte an ihren Instituten und welche sollten sie vielleicht haben? Durch die Mechanismen der **massenhaften Abfertigung** von Klausuren, insbesondere in den zeitökonomisierten Bachelorstudiengängen, kommt es zu einer Abwertung der Selbständigkeit und Freiheit des einzelnen Studierenden. Sie sind gefangen in einem engen Korsett aus Prüfungen und Leistungsnachweisen, die bei der vorgegebenen kurzen Semesterspanne kaum Freiräume für eigenständige weiterführende Beschäftigung und Begegnung mit der Kunst lassen.

Der Eindruck schwindender **Selbständigkeit und Freiheit** spiegelt sich auch im Bereich der Hochschulpolitik und der Fachschaften wider. Viele Studierende sind in ihrer verkürzten Zeit an der Universität so beschäftigt, dass keine Zeit für weitere Aktivitäten und hochschulpolitisches oder soziales Engagement bleibt, zumal das Studium meist über ein oder zwei Nebenjobs finanziert werden muss. Viele Studierende machen zudem die Erfahrung, dass es in Arbeitsfeldern mit kunsthistorischem Bezug fast nur unbezahlte Praktika und schlecht bezahlte

Jobangebote gibt. Es verwundert nicht, dass so manche gut aufgestellte, aktive Fachschaftsinitiative in den letzten Jahren schon rein personell ins Schlingern geraten ist. Dies setzt sich auf allen Ebenen der studentischen Partizipation und Organisation fort.

Gleichzeitig haben viele den Eindruck, dass Strategiekommissionen, Senate, Hochschulleitungen und -räte über ihre Köpfe hinweg im „stillen Kämmerlein“ entscheiden. Stünden an den Hochschulen noch ausschließlich die Belange der Studierenden und der wissenschaftlichen Tätigkeit im Mittelpunkt und nicht in erster Linie die Geldakquise und Neuausrichtung der Hochschulen hin zu Unternehmen, dann wären die Demonstrationen und Besetzungen im Rahmen des **Bildungsstreiks** seit 2007 und verstärkt 2009/2010 sowie die schleichende Entdemokratisierung der Hochschulen durch neue Gesetze weder nötig noch möglich gewesen.

Der Bereich des Kunstgeschichtsstudiums sollte, wie in jeder anderen Geisteswissenschaft, von den Zwängen der Ökonomisierung und des Arbeitsmarktes auch in Zukunft weitgehend befreit bleiben. Freies, selbständiges und unabhängiges Denken lernt man nur in einer **freien Umgebung**. Eine Lehre aus den Erfahrungen mit den alten Magister-Studiengängen war, dass diese Freiräume bei weitem noch nicht ausreichen, dass man mehr Zeit bräuchte um ein wirklich umfassendes Studium in diesem weiten Feld überhaupt erreichen zu können. Stattdessen wurde unter dem Druck von außen genau das Gegenteil umgesetzt, mit bereits beobachtbaren negativen Auswirkungen. Leider waren die FachschaftsvertreterInnen vielerorts nicht gleichberechtigt und in ausreichendem Maße an der konkreten Ausarbeitung der BA- u. MA-Prüfungsordnungen beteiligt.

Übergeordnete Strategieentscheidungen in der Wissenschaftswelt sollten sich nicht negativ auf die **Studienbedingungen** der einzelnen Studierenden auswirken. Teildisziplinen, wie die Denkmalkunde/-pflege und Bauforschung, die Architekturgeschichte, Mittelalterstudien oder Museologie dürfen nicht komplett an Technische Universitäten und Forschergruppen abgeschoben werden. Sie müssen Teil der **kunsthistorischen Allgemeinbildung** bleiben.

Die Schaffung von **Bildungsfreiräumen** soll dabei nicht zur Abwendung von gesellschaftlichen Entwicklungen oder zur Flucht in den entrückten Elfenbeinturm führen. Es muss jedoch ein Studium möglich sein, ohne dabei vordringlich an arbeitsmarktkompatible Schlüsselqualifikationen und Lebensläufe zu denken. Wer also die Verschiebung des Erkenntnisgewinns hin zu einer reinen Wissensadaption vorantreibt, der verhindert nicht nur Bildungsfreiräume, sondern eine **freie, individuelle Entwicklung** überhaupt.

Schon jetzt ist gerade auch bei Studienanfängern eine weit verbreitete Klage über Burnout und Überforderung zu vernehmen, weil der **Leistungs- und Zeitdruck** von Seiten der Familien, der Gesellschaft und der Universitäten stark zugenommen hat. Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche hat zu einer Ausrichtung des Hochschulsektors an marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt, die nicht nur an der Bedeutung der Drittmittelfrage in Berufungskommissionen ablesbar ist. Es wird eine Zukunftsaufgabe sein, einen Mittelweg zwischen den **Bildungsbedürfnissen** der jungen Studierenden und den gesamtgesellschaftlichen Anforderungen zu finden.

Die Frage nach der Art und Ausrichtung eines zeitgemäßen kunsthistorischen Studiums ist also eng verknüpft mit der Frage, welche Rolle KunsthistorikerInnen in der Gesellschaft spielen können, sollen und wollen. Es wird nicht nur darum gehen, mehr Gelder für die kunsthistorischen Institute einzufordern, sondern darum, wie das Geld verteilt und eingesetzt wird, wie in Zukunft auf aktuelle Anforderungen reagiert wird, wie zwischen Studierenden und Arbeitsmarkt vermittelt wird und ob es eine ausreichende **gesamtgesellschaftliche Akzeptanz** der Kunstgeschichte gibt.

Der KSK fordert:

- a) **mehr Freiheit in der Studienplanung**
- b) **Freiräume für Interessen, Engagement und den Blick über den Tellerrand**
- c) **Abbau des Verwertungsdenkens in der Geisteswissenschaft Kunstgeschichte**
- d) **Partizipation der Studierenden ermöglichen und weiter ausbauen**
- e) **Raum für individuelle Bildungsbiographien**
- f) **Vereinbarkeit von Studium und Lebenssicherung**
- g) **Erhalt der universitären und institutionellen Vielfalt**
- h) **Ermöglichung eines breit gefächerten Studiums**
- i) **Verhinderung der Erosion von kunsthistorischen Zusammenhängen durch die Ausgliederung einzelner Teildisziplinen**
- j) **Sichtbarkeit der Kunstgeschichte im gesellschaftspolitischen Rahmen**

1.3 Freier Eintritt für Alle!

Grundlage:

Der **Museumsbesuch** ist für KunsthistorikerInnen essentiell, um sich „im wohl letzten Universalfach“ auf den aktuellen Forschungsstand zu bringen. Ebenso gilt er

in der heutigen Gesellschaft als Bildung und ist ein wichtiger Bestandteil des lebenslangen Lernens.

Deutschland ist eines der europäischen Länder, in denen man meist den vollen Eintrittspreis für den Museumsbesuch bezahlen muss. Eventuell gibt es eine Ermäßigung für Studierende, diese endet jedoch mit dem 27. Lebensjahr. Dennoch gehören Museen zu den größten **Bildungseinrichtungen** mit entsprechendem Auftrag. In anderen europäischen Ländern wird ein breites Publikum durch generellen kostenlosen Eintritt angesprochen (z.B. Großbritannien oder Frankreich (bis 26/27 Jahren) und damit auch Geringverdienenden die Möglichkeit der kulturellen **Weiterbildung und Partizipation** ermöglicht.

Als Grundlage unseres kunsthistorischen Studiums ist der Museumsbesuch unabdingbare Voraussetzung. Die Teils horrenden Preise stehen in krassem Widerspruch zum **Bildungs- und Vermittlungsauftrag** der Museen. Kunstgeschichte gilt als eines der kostenintensivsten Fächer (Bücher/Kataloge, Forschungsreisen, Exkursionen), jedoch ohne große Unterstützung der Studierenden durch Museumsverbände. Die Eintritte werden höchstens den lokalen Studierenden kostenlos ermöglicht, Praktika sind unbezahlt, Projektunterstützungen finden selten statt.

Der KSK stand von Anfang an für ein Aufbrechen akademischer und gesellschaftlicher Strukturen. Die Wahrnehmung als "Fach für die Höheren Töchter" hält bedauerlicherweise bis heute an. Deswegen sollten in den Grundsatzpositionen des KSK der Abbau von **Bildungshürden** und Zugangsschwierigkeiten gefordert werden. Die finanzielle Hürde ist dabei eine der höchsten, da sie die grundlegende Partizipation verhindert. Chancengleichheit, **Bildungsgerechtigkeit** und Einbindung in Entscheidungen müssen für alle Studierenden erreichbar und umsetzbar sein.

Der KSK fordert:

- a) Freier Eintritt für alle Studierende (fachbezogene Häuser)**
- b) Keine Altersbeschränkungen**
- c) Museum als Bildungsraum für Alle**
- d) eine auf europäischer Ebene ausgehandelter, anerkannter Studenausweis durch die Berufsverbände**

1.4 Kunstgeschichte, Gesellschaft, Politik

Grundlage:

Kulturpolitik wird in Deutschland allein von Bund und Ländern mit über 8 Milliarden Euro im Jahr betrieben und unterstützt. Jedoch ist in der öffentlichen

Wahrnehmung so gut wie keine kritische Auseinandersetzung hiermit zu finden. Insbesondere nimmt dieser Bereich in den **Partieprogrammen** keinen nennenswerten Raum ein, obwohl diese die entsprechenden Stellen, Ämter und Positionen entweder besetzen oder deren Gestaltungsspielraum durch Gesetze definieren (z.B. Denkmalpflegeämter). Jedoch ist Kulturpolitik auch gleichzeitig Bildungspolitik, da der Bildungsauftrag und die Vermittlung nicht allein bei den Museen oder städtischen Tourismusbüros liegen.

Wir als KSK möchten deswegen auf Themen hinweisen, die ansonsten höchstens in Feuilletons thematisiert werden; **Diskussionen anregen**, wo sie von AkteurInnen willentlich unterbunden werden; sowie eine kritische Auseinandersetzung mit kulturpolitischen Plänen/Projekten in ihrer politischen, historischen und gesellschaftlichen Dimension vorantreiben.

Einerseits wird Kunstgeschichte als ein akademisches „**Orchideenfach**“ bezeichnet und häufig belächelt und von nicht Wenigen in ihren Tätigkeitsfeldern kaum wahrgenommen, andererseits aber beschäftigt sie sich mit gesellschaftlich sehr relevanten Objekten, (Bau-)Vorhaben und Fragestellungen.

Betrachtet man große Bauvorhaben wie den „Wiederaufbau“ des Berliner Stadtschlosses, Stuttgart 21, die Dresdner Frauenkirche oder auch Pläne für die Umsiedlung musealer Bestände, sowie die Erosion der Denkmalpflege, so muss die Frage gestellt werden, inwieweit wir als KunsthistorikerInnen auch die **sozialen, historischen, bildungs- und kulturpolitischen Dimensionen** zu hinterfragen und zu vermitteln haben.

Bleiben wir im Hintergrund, schreiben Gutachten und beraten, kommentieren solche Vorhaben höchstens hinter den hohen Mauern der Feuilletons und Tagungen? Oder kann der angebliche Elfenbeinturm „Kunstgeschichte“ nicht gerade als öffentliches „Leuchtfeuer“ für grundlegende Auseinandersetzungen mit den Chancen und Problemen großer Kulturprojekte, Stadtplanungen und politischen Weichenstellungen dienen?

Der KSK fordert:

- a) Diskussion der gesellschaftlichen Dimension von Kunstgeschichte innerhalb und außerhalb der Institute**
- b) Erhalt der kulturhistorischen Dimension in und von Kunstgeschichte**
- c) Artikulation der Auswirkungen von politischen Entscheidungen bei kulturpolitischen Projekten, Bau- und Städtebaumaßnahmen und Gesetzen aus kunsthistorischer Sicht**
- d) Verhinderung von weiteren Substanzverlusten im Bereich der kunsthistorischen Architekturgeschichte**
- e) Erhalt der praktischen und politischen Handlungsfreiheit der Denkmalpflege**